

Satzung

über die Entschädigung der Ratsfrauen und Ratsherren, der Mitglieder der Ortsräte, Ehrenbeamtinnen, Ehrenbeamten und ehrenamtlich Tätigen der Gemeinde Neuenkirchen (Aufwandsentschädigungssatzung)

Inhaltsverzeichnis:

- § 1 Aufwandsentschädigung
- § 2 Sitzungsgeld
- § 3 Fahrtkostenentschädigung und Dienstreisen
- § 4 Verdienstaufschlag- und Pauschalentschädigung
- § 5 Entschädigung der Ortsratsmitglieder
- § 6 Entschädigung der Ortsvorsteher und Ortsvorsteherinnen
- § 7 Entschädigung für Angehörige der Freiwilligen Feuerwehren
- § 8 Entschädigung für sonstige ehrenamtlich Tätige
- § 9 Entschädigung für die Mitglieder der Schaukommissionen
- § 10 Ruhen und Wegfall der Entschädigungen
- § 11 Auszahlungszeitpunkt und steuerliche Behandlung der Entschädigungen
- § 12 Inkrafttreten

Aufgrund der §§ 10, 44, 54, 55 und 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17. Dezember 2010 in der zur Zeit geltenden Fassung, hat der Rat der Gemeinde Neuenkirchen in seiner Sitzung am 19. Februar 2015 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Aufwandsentschädigung

- (1) Die Ratsfrauen und Ratsherren erhalten eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 35,00 € monatlich.
- (2) Ratsfrauen und Ratsherren, die ausschließlich das elektronische Ratsinformationssystem nutzen, erhalten zusätzlich eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 5,00 € monatlich.
- (3) Neben den Aufwandsentschädigungen nach Abs. 1 und 2 erhalten als zusätzlich monatliche Aufwandsentschädigung
 - a) ehrenamtliche Stellvertreter/innen der Bürgermeisterin/ des Bürgermeisters 60,00 €
 - b) die Beigeordneten 15,00 €
 - c) die Fraktions- oder Gruppenvorsitzende für jedes Mitglied der Fraktion oder Gruppe 10,00 €
- (4) Vereinigt ein Ratsmitglied mehrere der in Abs. 3 aufgeführten Funktionen auf sich, so erhält er nur die jeweils höchste Aufwandsentschädigung.

§ 2 Sitzungsgeld

- (1) Neben der Aufwandsentschädigung nach § 1 erhalten die Ratsfrauen und Ratsherren ein Sitzungsgeld in Höhe von 25,00 € für die Teilnahme als Mitglied an einer Sitzung des Rates, seiner Ausschüsse, des Verwaltungsausschusses, der Fraktionen oder Gruppen sowie Gesellschafterversammlungen.
- (2) Die oder der Ratsvorsitzende sowie die oder der Vorsitzende eines Fachausschusses erhält für die Sitzungsleitung zusätzlich ein Sitzungsgeld in Höhe von 12,50 €.
- (3) Nicht dem Rat angehörende Mitglieder der Ausschüsse erhalten für die Teilnahme an einer Sitzung ein Sitzungsgeld in Höhe von 17,00 €.
- (4) Sitzungsgeld wird auch für die Teilnahme an Empfängen und Begrüßungen sowie Besichtigungen und ähnlichen Veranstaltungen gewährt, wenn die Teilnahme vom Verwaltungsausschuss oder Rat genehmigt worden ist.
- (5) Sitzungsgelder sollen je Fraktion oder Gruppe nur für jährlich bis zu 15 Sitzungen gezahlt werden. Darüber hinausgehende Fraktions- oder Gruppensitzungen bedürfen der Genehmigung durch den Verwaltungsausschuss.
- (6) Einmal jährlich können Fraktionen oder Gruppen Klausurtagungen durchführen, für die als Aufwandsentschädigung eine Pauschale von 50,00 € an jede teilnehmende Ratsfrau oder jeden teilnehmenden Ratsherrn gezahlt wird.
- (7) Finden an einem Tag mehrere Sitzungen, gleich welcher Art, statt, werden nicht mehr als zwei Sitzungsgelder gezahlt.
- (8) Im Vertretungsfall wird das Sitzungsgeld der Vertreterin oder dem Vertreter gewährt.

§ 3 Fahrtkostenentschädigung und Dienstreisen

- (1) Ratsfrauen und Ratsherren sowie nicht dem Rat angehörende Mitglieder der Ausschüsse, mit Ausnahme der am Sitzungsort wohnenden, erhalten neben der Aufwandsentschädigung nach dieser Satzung, eine Fahrtkostenentschädigung für Fahrten vom Wohnsitz zum Sitzungsort und zurück, in Höhe von 0,30 € je Kilometer, höchstens jedoch 55,00 € monatlich.
- (2) Finden an einem Tag am gleichen Ort unmittelbar nacheinander mehrere Sitzungen statt, werden die Fahrtkosten nur einmal erstattet.
- (3) Für Dienstreisen außerhalb des Gemeindegebietes erhalten Ratsfrauen und Ratsherren sowie nicht dem Rat angehörende Mitglieder der Ausschüsse Reisekosten nach dem Bundesreisekostengesetz.
- (4) Dienstreisen nach Abs. 3 bedürfen der vorherigen Zustimmung des Verwaltungsausschusses. In Eilfällen genügt die vorherige Zustimmung der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters.

§ 4

Verdienstauf- und Pauschalentschädigung

- (1) Ratsfrauen und Ratsherren sowie die nicht dem Rat angehörenden Mitglieder der Ausschüsse haben bei Teilnahme an Sitzungen im Sinne des § 2 Abs. 1 oder Fortbildungsveranstaltungen (analog § 54 Abs. 2 NKomVG für bis zu fünf Tage pro Wahlperiode) nach Maßgabe der folgenden Absätze Anspruch auf Entschädigung. Diese werden neben den Leistungen nach den §§ 1 bis 3 auf Antrag gewährt.
- (2) Unselbstständig Tätige haben Anspruch auf Ersatz des entstandenen Verdienstaufalles, soweit kein Anspruch auf Weiterzahlung des Arbeitsentgeltes besteht. Der Ersatz wird in Höhe des nachweislich ausgefallenen Arbeitsentgeltes einschließlich der darauf entfallenden Abgaben und Sozialversicherungsbeiträge bis zu einem Höchstbetrag von 10,00 € je Sitzungsstunde gezahlt. Gleiches gilt auch für die Erstattung von Verdienstaufall anlässlich der Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen im Rahmen von § 54 Abs. 2 NKomVG.
- (3) Selbstständig Tätige haben Anspruch auf Ersatz des nachweislich entstandenen Verdienstaufalles nach Maßgabe der in Abs. 2 genannten Höchstbeträge.
- (4) Bei Nachweis besteht Anspruch auf Ersatz der Aufwendungen für eine Kinderbetreuung. Als betreuungsbedürftig sind Kinder bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres anzusehen. Der Ersatz wird für jede angefangene Sitzungsstunde in Höhe der nachweislich angefallenen Aufwendungen, höchstens jedoch 10,00 € je Stunde gewährt.
- (5) Soweit kein Nachteil nach den Abs. 2 und 3 geltend gemacht werden kann, wird als Ausgleich von besonderen Nachteilen bei der Haushaltsführung oder im sonstigen beruflichen Bereich einschließlich der Landwirtschaft, auf Nachweis eine pauschalisierte Entschädigung von 10,00 € je Stunde gewährt.
- (6) Jede angefangene Sitzungsstunde und jede angefangene Stunde im Rahmen einer Fortbildung (inkl. An- und Abreise) ist als volle Stunde anzurechnen. Soweit ein anderer Zeitaufwand nicht nachgewiesen wird, gelten für die Zeitberechnung folgende Zuschläge:
 - a) für den am Sitzungsort wohnenden je eine halbe Stunde vor und nach der Sitzung
 - b) für die außerhalb des Sitzungsortes Wohnenden und für die außerhalb des Gemeindegebietes Berufstätigen je 1 Stunde vor und nach der Sitzung
- (7) Pro Tag sind höchstens 8 Stunden zu berücksichtigen.

§ 5

Entschädigung der Ortsratsmitglieder

- (1) Mitglieder und beratende Mitglieder der Ortsräte erhalten für die Teilnahme an Ortsratssitzungen ein Sitzungsgeld in Höhe von 15,00 €/je Sitzung. Diese Entschädigung erhalten auch Vertreterinnen und Vertreter der Ortsräte bei Sitzungen des Rates, wenn sie geladen sind.
- (2) Die Ortsbürgermeisterinnen/ Ortsbürgermeister erhalten zusätzlich eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 130,00 € monatlich.

- (3) Finden an einem Tag mehrere Sitzungen, gleich welcher Art, statt, werden nicht mehr als zwei Sitzungsgelder gezahlt.
- (4) Für die Mitglieder der Ortsräte gelten die Regelungen der §§ 3 und 4 entsprechend.

§ 6

Entschädigung der Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher

- (1) Die Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher erhalten für ihre Tätigkeit im Ehrenbeamtenverhältnis eine Aufwandsentschädigung. Sie beträgt monatlich in den Ortschaften

a) Behningen	90,00 €
b) Gilmerdingen	130,00 €
c) Ilhorn	130,00 €
- (2) Die Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher erhalten für ihre Teilnahme an den Sitzungen des Rates neben der Aufwandsentschädigung nach Abs. 1 ein Sitzungsgeld in Höhe von 15,00 € je Sitzung und Fahrtkostenerstattung nach § 3 Abs. 1 und 2.
- (3) Die Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher erhalten bei angeordneten oder genehmigten Dienstreisen nach Orten außerhalb des Gemeindegebietes Reisekosten nach dem Bundesreisekostengesetz
- (4) Mit den Aufwandsentschädigungen nach Abs. 1 und 2 sind alle Auslagen einschließlich der Aufwendungen für eine Kinderbetreuung und eines Verdienst-/Einnahmeausfalles abgegolten.

§7

Entschädigung für Angehörige der Freiwilligen Feuerwehren

- (1) Für die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren im Gemeindegebiet werden folgende Entschädigungen monatlich gezahlt:

a)	Gemeindebrandmeister/in	175,00 €
b)	Stellv. Gemeindebrandmeister/in	70,00 €
c)	Stellv. Gemeindebrandmeister/in + zugl. Ortsbrandmeister/in/	50,00 €
d)	Ortsbrandmeister/in (Grundausrüstungswehr)	40,00 €
e)	Stellv. Ortsbrandmeister/in (Grundausrüstungswehr)	20,00 €
f)	Ortsbrandmeister/in (Stützpunktwehr)	60,00 €
g)	Stellv. Ortsbrandmeister/in (Stützpunktwehr)	30,00 €
h)	Ortsbrandmeister/in (Schwerpunktwehr)	75,00 €
i)	stellv. Ortsbrandmeister/in (Schwerpunktwehr)	35,00 €
j)	Gerätewart/in plus 5,00 € pro KFZ	20,00 €
k)	Atemschutzgerätewart/in	10,00 €
l)	Gemeindejugendfeuerwehrwart/in	25,00 €
m)	stellv. Gemeindejugendfeuerwehrwart/in	10,00 €
n)	Jugendfeuerwehrwart/in	25,00 €
o)	stellv. Jugendfeuerwehrwart/in	10,00 €
p)	Kinderfeuerwehrwart/in	20,00 €
q)	stellv. Kinderfeuerwehrwart/in	10,00 €
r)	Gemeindepressesprecher/in	15,00 €
s)	Gemeindefunkbeauftragte/r	10,00 €

t) Brandschutzerzieher/in 10,00 €/pro Einsatz

Damit sind alle Aufwendungen, die aus der Tätigkeit erwachsen, abgegolten mit Ausnahme der Regelungen in den Absätzen Abs. 2 und 3.

- (2) Bei Dienstreisen außerhalb des Gemeindegebietes, die von der Bürgermeisterin/dem Bürgermeister angeordnet oder genehmigt sind, erhalten die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren Reisekosten nach dem Bundesreisekostengesetz.
- (3) Den in Abs. 1 genannten Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehren wird in Fällen außergewöhnlicher Belastung und bei Einsätzen, angeordneten Übungen neben der Aufwandsentschädigung, auf Antrag, der nachgewiesene Verdienstausschlag entsprechend dem Niedersächsischen Brandschutzgesetz (NBrandSchG) gewährt.
- (4) Die Teilnahme an einem Lehrgang kann von jedem Mitglied der Freiwilligen Feuerwehren im Gemeindegebiet, auf Nachweis, mit höchstens 60,00 € pro Tag ersetzt werden.

§ 8

Entschädigung für sonstige ehrenamtlich Tätige

- (1) Die ehrenamtlich tätige Gleichstellungsbeauftragte erhält als Ersatz ihrer Auslagen einschließlich Aufwendungen für eine Kinderbetreuung und eines Verdienst-/Einnahmeausfalles eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 85,00 €.
- (2) Für Dienstreisen erhält die Gleichstellungsbeauftragte eine Entschädigung nach den Bestimmungen des Bundesreisekostengesetzes.
- (3) Dienstreisen nach Abs. 2 bedürfen der vorherigen Zustimmung der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters.
- (4) Die sonstigen für die Gemeinde Neuenkirchen ehrenamtlich Tätigen erhalten für Dienstreisen nach Orten außerhalb des Gemeindegebietes
 - a) Reisekosten nach dem Bundesreisekostengesetz
 - b) Verdienstausschlagentschädigung nach § 4 dieser Satzung.

§ 9

Entschädigung für die Mitglieder der Schaukommissionen

- (1) Die Mitglieder der Schaukommission für die Gewässer III. Ordnung erhalten eine Aufwandsentschädigung für einen Schautag bis zu 3 Stunden Dauer in Höhe von 20,00 €, bei einer Dauer von über 3 Stunden 40,00 € sowie Fahrtkostenerstattung nach § 3 Abs. 1.
- (2) Die Mitglieder der Straßenbereisungskommission für Gemeindestraßen und Wirtschaftswege erhalten eine Aufwandsentschädigung nach Maßgabe der in Abs. 1 genannter Beträge.
- (3) Daneben besteht kein Anspruch auf Ersatz von Kinderbetreuungskosten oder des Verdienstausschlages

- (4) Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher erhalten für die Teilnahme an den Schaukommissionen keine Aufwandsentschädigung oder Fahrtkostenerstattung. Ihre Ansprüche sind bereits durch die Regelungen in § 6 abgegolten.

§ 10 Ruhens und Wegfall der Entschädigungen

- (1) Die monatliche Aufwandsentschädigung wird jeweils für einen vollen Monat gezahlt, auch dann, wenn der Empfänger das Amt nur für einen Teil des Monats innehat. Die Aufwandsentschädigung entfällt, wenn ein Empfänger ununterbrochen länger als zwei Monate - den Erholungsurlaub nicht eingerechnet - seine Funktion nicht ausübt. Der die Geschäfte führende Vertreter erhält nach Ablauf dieser Frist dessen Aufwandsentschädigung. Eine sonst zustehende Aufwandsentschädigung wird angerechnet.

§ 11 Auszahlungszeitpunkt und steuerliche Behandlung der Entschädigung

- (1) Entschädigungen, Sitzungsgelder, Fahrtkosten und der Ersatz gem. § 4 werden nachträglich monatlich gezahlt.
- (2) Die steuerliche Behandlung der Entschädigungen ist Sache der Empfängerinnen und Empfänger.

§ 12 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.2015 in Kraft.
Die Satzung über den Aufwands-, Verdienstausschlag- und Auslagenersatz für Ratsfrauen und Ratsherren, Ehrenbeamte und ehrenamtlich Tätige in der Gemeinde Neuenkirchen vom 24.02.2005 mit allen Änderungen wird aufgehoben.

Neuenkirchen, den 19.02.2015

GEMEINDE NEUENKIRCHEN
DER BÜRGERMEISTER

(Carlos Brunkhorst)